

Stadtvertretung und Hauptausschuss tagen weiter in Präsenz

Die britische Mutante des Corona-Virus sorgt für wieder steigende Fallzahlen. Daher beschäftigte sich die Stadtvertretung in ihrer März-Sitzung auch mit der Frage, wie der Politikbetrieb in der Landeshauptstadt Schwerin unter diesen Umständen in den kommenden Monaten weiterlaufen soll. Es lagen zwei Alternativanträge vor. Während die SPD bei bestimmten Inzidenzwerten auch die Stadtvertretung als Hybridveranstaltung (wahlweise Anwesenheit der Stadtvertreter oder Zuschaltung per Video) oder ganz als Videokonferenz abhalten wollte, plädierten CDU/FDP und UB dafür, das jetzige



Verfahren beizubehalten. Derzeit tagen die Fraktionen, die beratenden Fachausschüsse und die Orts- und Fachbeiräte generell per Videokonferenz, während die Beschlussgremien Hauptausschuss und Stadtvertretung ihre Sitzung als Präsenzveranstaltungen unter strengen Hygieneauflagen durchführen. Gerd Böttger machte für DIE LINKE deutlich, dass sich das bisherige Verfahren bewährt habe. Von daher gäbe es keinen Grund, davon abzuweichen. Sollte sich die Lage tatsächlich dramatisch verändern, müsse man sie neu bewerten und entsprechende Beschlüsse herbeiführen.

Wirtschaft und Kultur brauchen Hilfe



Seit einem Jahr hält uns die Corona-Pandemie nun schon in Atem. Die damit einhergehenden Einschränkungen zum Schutz der Gesundheit bleiben nicht ohne Folgen für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben in unserer Stadt. Zwar haben Bund und Land zahlreiche Hilfsprogramme aufgelegt, jedoch sind diese mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden. Oft genug flossen sie auch verspätet. Vor diesem Hintergrund sollte die Landeshauptstadt auch eigene Hilfen auflegen, begründete Henning Foerster den Antrag unserer Fraktion. Neben einem Hilfsfonds in

Höhe von 1 Million Euro für Wirtschaft und Kultur schlägt DIE LINKE auch die Aussetzung der Übernachtungssteuer für die gebeutelten Übernachtungsbetriebe bis Ende 2021, die großzügige Ermöglichung der gastronomischen Sondernutzung von Außenflächen zur Bewirtung von Gästen, die Aussetzung der Gebühren für gastronomische Sondernutzungen im Jahr 2021, Maßnahmen zur Belebung der Schweriner Innenstadt und anderer geeigneter Stellen durch zusätzliche Veranstaltungsangebote auf kleinen Bühnen in Frühlings- und Sommermonaten und das Vorziehen geplanter Investitionsmaßnahmen durch Verwaltung und kommunale Betriebe zur Unterstützung von Wirtschaft, Handel und Handwerk in der Region vor. Vor allem Hotellerie und Gastronomie, die seit 4 Monaten geschlossen sind, brauchen nach dem Neustart Unterstützung. Bei den kleinen Unternehmen hat man kein Verständnis dafür, dass die Stadtoberen sich für ihren rigiden Sparkurs und 8 Millionen Überschuss im abgelaufenen Haushaltsjahr feiern, während ihnen Corona-bedingt das Wasser bis zum Hals steht. CDU/FDP, SPD, UB und Grüne hatten zur Sitzung einen gemeinsamen Antrag vorgelegt, der anstelle eigener Vorschläge nur den Auftrag an den OB enthielt, Hilfsmöglichkeiten vorzuschlagen. Beide Anträge wurden derart zusammengeführt, dass die acht von zehn vorgeschlagenen Maßnahmen der LINKEN übernommen wurden. Strittig blieben der Hilfsfonds und die Aussetzung der Bettensteuer. Die Vorschläge des OB werden nun für April 2021 erwartet.

Kita-Satzung beschlossen

Die Personalschlüssel in den Schweriner Kindertagesstätten wurden seit Monaten im Jugendhilfeausschuss und einer Arbeitsgruppe unter Einbindung der Träger und der Gewerkschaft ver.di diskutiert. Wolfgang Block dankte in seiner Rede allen, die sich in diesen Prozess eingebracht haben. Konstatiert wurde ein personeller Mehrbedarf von 100 Stellen, was Mehrkosten von 8 Mio. Euro mit sich bringen würde. Daher verständigte man sich auf einen Stufenplan zur Anhebung des Personalschlüssels.



Die Gewerkschaft ver.di kritisierte das Ergebnis als unbefriedigenden Minimalkompromiss. Folglich wird das Thema der Stadtvertretung erhalten bleiben. Wer gut ausgebildete Fachkräfte gewinnen will, muss neben guten Löhnen auch mehr in gute Arbeitsbedingungen investieren.

Und immer wieder Amazon

Seit Jahresbeginn hat der Verkauf eines Grundstückes an den Versandriesen Amazon für heftige Auseinandersetzungen in der Kommunalpolitik und der Stadtgesellschaft insgesamt gesorgt. Während die einen die Ansiedlung in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten begrüßen, da bis zu 190 neue Arbeitsplätze im Industriepark entstehen, verweisen die anderen auf den Umgang des Unternehmens mit Betriebsräten, die seit sieben Jahren andauernde Verweigerung Tarifverträge mit der Gewerkschaft ver.di zu verhandeln und die negativen Folgen der Ansiedlung für den Verkauf in den Geschäften der Innenstadt. Die Hauptausschussmitglieder der LINKEN Dr. Daniel Trepdorf und Gerd Böttger hatten sich daher bei der Abstimmung enthalten. Nun brachte ausgerechnet die SPD, deren Oberbürgermeister Dr. Badenschier jüngst alle Kritiker der Ansiedlung pauschal als wirtschaftsfeindlich beschimpft hatte, einen Antrag ein, der die Folgen von andauernder Beschäftigung im Niedriglohnsektor beklagte. In selbigem wurde gefordert, die Bemühungen um Aufstiegsqualifizierung und Weiterbildung zu verstärken und darüber hinaus den Mindestlohn auf 13 Euro anzuheben. Henning Foerster erwiderte für DIE LINKE, dass dies schon sehr den Anschein erwecke, dass man sich jetzt von der Entscheidung pro Ansiedlung reinwaschen wolle. Die Themen indes seien richtig gewählt. Allerdings sollte die SPD in der Landeshauptstadt ihre Forderungen nicht nur an den Bund, sondern vor allem auch an die eigene Landesregierung adressieren. Die Hebel lauten Novelle des Vergabegesetzes und Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung. Einem entsprechenden Ersetzungsantrag der LINKEN stimmten am Ende auch SPD und Grüne zu. Da CDU/FDP, UB und AfD geschlossen dagegen stimmten, fand er jedoch keine Mehrheit.

Rahmenplan zur Revitalisierung des Freilichtmuseums Mueß beschlossen

Seit Ende vergangenen Jahres liegt der Stadtvertretung ein Konzept zur Um- und Neugestaltung des Freilichtmuseums in Schwerin Mueß vor. Vorgesehen ist bis 2025 eine deutliche Aufwertung des derzeitigen Areals hin zu einem attraktiven Zuschauermagneten. Gut 30 Millionen Euro soll das Ganze kosten, etwa 90 Prozent sollen dabei Fördermittel sein. Ist alles einmal fertig, sollen zum Beispiel ein neuer Eingangsbereich mit Besucherzentrum nebst Ausstellungsräumen, ein öffentlicher Zugang zum See mit Bootsanleger, eine Spiel- und Freizeitfläche sowie Erlebnis-Gastronomie die derzeitige Situation vollkommen neu ausrichten helfen. Außerdem soll die Anlage 2025 Außenstandort der BUGA in Rostock werden. Die Stadtvertretung hat nun den Rahmenplan zur Revitalisierung der Dorf- und Museumsanlage beschlossen. Der OB wurde beauftragt, mit der schrittweisen Umsetzung der einzelnen Teilvorhaben bis zum Jahr 2025 zu beginnen.